

Donnerstag,
11. Juni 1914.

Mittag-Ausgabe.

Mr. 268.
53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt
erscheint
an allen Werktagen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierteljährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
deutschen Reiches 3,50 Mk.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile im
Anzeigenteil 25 Pf.
Reklamenteil 30 Pf.
Stellenangebote 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Tierzgartenstr. 6
St. Martinstr. 62
und alle
Annoncenbureaus.
Telegr.: Tageblatt Posen.

Berspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Ginschel.

Ausendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einreichung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einreichungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Nochmals Kaiserhoch und Sozialdemokratie.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zu dem auch von uns zitierten Artikel der „Kreuzzeitg.“ des Professors Krümmann, mit der Überschrift „Der Kaiser hat sein Recht verloren“:

„Der Artikel geht von unrichtigen Voraussetzungen aus. In seiner Herrenhausrede über das Sitzbleiben der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beim Kaiserhoch hat der Justizminister nicht, wie es in dem Artikel heißt, zugestanden, er habe kein Vertrauen, daß die Gerichte sachgemäß entscheiden würden, sondern er hat die Erwägungen dargelegt, welche die Gerichte bei sachgemäßer Beurteilung voraussichtlich zu einer Freisprechung führen würden. Zur Begründung seiner gegenteiligen Ansicht beschränkt sich Professor Krümmann darauf, einige als Gegenprobe bezeichnete Beispiele anzuführen. Diese Beispiele betreffen schon deshalb nichts, weil der Justizminister das Kaiserhoch nur als einen herkömmlichen Teil des tatsächlichen Schlüssaktes bezeichnet hat, während die von Prof. Krümmann konstruierten Beispiele sich auf Kundgebungen beziehen, die mit dem Kaiserhoch keinerlei Zusammenhang haben.“

Im übrigen verweist das offiziöse Blatt auf frühere Darlegungen zur Sache und erklärt, die Richtigkeit des hier eingenommenen Standpunktes habe die nachträgliche Behandlung der Angelegenheit auch in der sozialdemokratischen Presse bewiesen.

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz liegt im Sterben.

Über das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz wurde gestern abend 7³⁰ Uhr von der „Landeszeitung“ folgender offizieller Krankheitsbericht ausgegeben:

Die Schwäche bei Seiner Königlich Hoheit dem Großherzog nimmt zu. Das Bewußtsein ist zeitweise getrübt, sodas in Kürze das Schlimmste zu befürchten ist.

Berlin, 10. Juni. (gez.) Bier. (gez.) Schillbach.

Ein Schmiergelder-Prozeß.

In dem vom Verein gegen das Bestechungswesen, Sitz Berlin, veranlaßten Schmiergelderprozeß gegen die früheren Direktoren der Werkzeugmaschinen A.-G. in Köln wurde am Mittwoch nach zweitägiger Verhandlung die Beweisaufnahme geschlossen. Sie ergab folgendes:

Der Direktor Franz Spiegel hat fortlaufend Beträge aus der Kasse genommen auf Grund vieler Geheimquittungen, und zwar von 1902 bis 1911 ungefähr 100 000 Mark. Diese Quittungen lauten auf den Namen des Direktors und bezeichnen den wirklichen Empfänger nur mit den Anfangsbuchstaben, unleserlichen Namen, zum Teil in Spiegelschrift oder stenographischen Notizen. Der Angeklagte konnte nur eine geringe Zahl der Quittungen glaubhaft erklären. Infolge dieser Geheimquittungen war der Angeklagte schon früher in den Verdacht der Unterschlagung geraten. Er wurde aber in dem Verfahren freigesprochen, weil sein Rechtsbeistand die Erklärung abgab, die auf die Quittungen entnommenen Beträge seien im Interesse der Werkzeugmaschinen A.-G. ausgegeben worden, und zwar als Schmiergelder. Der Angeklagte bestritt dies im jetzigen Verfahren und behauptete, die Gelder seien in der Hauptache Vermittlungsprovisionen, Zuwendungen für Überlassung von Patenten und diskrete Gehaltszulagen der eigenen Angestellten. Dagegen steht fest, daß die legalen Vertreter- und Agentenprovisionen getrennt verbucht sind, und daß darüber auch die ordnungsmäßigen Empfangsbescheinigungen vorliegen. Es wurde festgestellt, daß für diskrete Gehaltszulagen und Patententworfungen nur eine geringe Zahl von Geheimquittungen in Frage kommt. Ferner ergab die Vernehmung, einer Reihe von Zeugen den Beweis für tatsächliche Schmiergelddarstellungen. Ein Vertreter der Werkzeugmaschinen A.-G. verweigerte überdies die Aussage, weil er sich selbst strafbar gemacht zu haben glaubte. Bezüglich der Mitangeklagten Direktor Josef Spiegel und des Prokuristen Dunkel wurden Bestechungen nicht erwiesen. Auch sie haben gegen Geheimquittungen Gelder erhalten. Jedoch wurde bei all diesen Quittungen die legale Verwendung aufgeführt. Bezüglich des Mitangeklagten Ingenieurs Goebbe von einer Waggonfabrik in Köln wurde die Annahme von Bestechungsgeldern nachgewiesen.

Das Urteil ging dahin: Direktor Franz Spiegel wird wegen fortgesetzter aktiver Bestechung zu tausend Mark Geldstrafe oder hundert Tagen Gefängnis verurteilt. Ingenieur Goebbe, der offenbar verführt worden ist, wegen passiver Bestechung zu hundert Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis. Die an Goebbe gezahlten Schmiergelder in Höhe von 600 Mark sind dem Staate verfallen. Direktor Josef Spiegel und Prokurist Dunkel wurden freigesprochen.

Aus Aberglauben und Irrsinn

wurde in dem spanischen Dorfe Palacios Rubios ein furchtbares Verbrechen verübt. Eine Frau Maria Pro hatte ihrem Pfarrer mitgeteilt, ihr Mann und drei Kinder seien „vom Teufel befallen“, weshalb sie gedachte, die Verlorenen umzubringen und „Gott zu opfern“. Der Geistliche riet der törichten Frau energisch ab und glaubte nicht, daß sie die angekündigte Tat ausführen würde. Am Dienstag früh wurden nun in der Wohnung der Frau drei ihrer Kinder mit zerschmetterten Kehlen tot aufgefunden. Die Frau hatte sich nach dem Verbrechen im Biehhofen ertränkt.

Annahme der Besoldungsnovelle im Abgeordnetenhaus.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

91. Sitzung vom Mittwoch, 10. Juni.

(Ausführlicher Bericht.)

Abänderung der Beamten-Besoldungsordnung.

Abg. Dr. Basse (kons.):

Die Kommission mußte sich darauf beschränken, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Eine Erweiterung der Vorlage hätte das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet, und dazu wollten wir und auch die anderen bürgerlichen Parteien im Interesse der Beamten es nicht kommen lassen. Diese Entschließung ist uns recht schwer gefallen. Bereits in der ersten Lesung sind eingehend die Mängel der Vorlage betont worden, und sie haben auch in der Kommission nicht aus der Welt geschafft werden können. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die Haltung der Regierung in diesem Falle nicht einheitlich und nicht konsequent gewesen ist, und ich habe im Auftrage meiner Freunde die schweren staatsrechtlichen Bedenken zu betonen, welche aus dieser nichtadäquaten Haltung der Regierung notwendigerweise sich ergeben müssen. Wir wünschen eine gleichartige Behandlung der preussischen Beamten mit den Reichsbeamten. Wir verlangen, daß nicht nur die jetzt bestehenden Ungleichheiten beseitigt werden, sondern daß uns Zug um Zug eine Vorlage gemacht werden möge, sobald dem Reich ein Gesetzentwurf wegen Änderung der Besoldungsordnung vorgelegt wird. Der Gedanke, an kinderreiche Familien Zulagen zu gewähren, wird von meinen Freunden als berechtigt angesehen. Das Gehalt hat seinem ganzen Wesen nach als Entgelt für die Leistungen des Beamten gegenüber dem Staat zu gelten, und die Kinderzulagen sind ihrer Natur nach als ein Ausgleich eines sozialen Notstandes anzusehen. Auch wir wünschen, daß eine Nachprüfung der Vorschriften für das Wohnungsgeldwesen erfolgen möge. Die Resolution erhält ihr Gewicht dadurch, daß sie einstimmig gefaßt ist, und daß zum mindesten zu mehreren Punkten die Regierung Stellung genommen hat oder Stellung zu nehmen versprochen hat. Das garantiert uns eine sorgfältige Bearbeitung. Der Antrag der freisinnigen Resolution muß sorgfältig nachgeprüft werden. Ich beantrage, ihn an die Budgetkommission zu verweisen. Die Fürsorge für die Beamten sollte keine Parteilache sein, sondern eine Aufgabe und Sorge des gesamten Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Savigny (Zentr.):

Angesichts der Erklärung des Finanzministers, daß er Abänderungsanträge nicht gutheissen könne, haben wir von solchen Anträgen abgesehen. Das hindert aber nicht, daß wir meinen, es hätte sich ein weiteres Entgegenkommen den Beamten gegenüber ermöglichen lassen. Von diesem Gesichtspunkte ist der Reichstag ausgegangen. Wir bedauern, daß die gehobenen Unterbeamten in der uns vorliegenden Besoldungsnovelle nicht berücksichtigt worden sind. Der Antrag auf Schaffung einer Krankenfürsorge für die Staatsbeamten kann nicht ohne weiteres angenommen werden. Wir stimmen für die Besoldungsnovelle und begrüßen es, daß es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, in dieser Frage eine Einigung zu erzielen. Vor allen Dingen aber ist es notwendig, daß die Regierung den Wünschen des Hauses besser Rechnung trägt, als es hier in einzelnen Punkten geschehen ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Wagner-Breslau (freikons.):

Wir werden für diese Besoldungsnovelle einschließend der von der Regierung selbst vorgeschlagenen Änderung wegen des Inkrafttretens mit Wirkung vom 1. April 1914 ab stimmen. Wenn wir auch anerkennen, daß bei einer organischen Revision der gesamten Besoldungsordnung die etwaigen Gehaltserhöhungen ihre Grenze an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gesamtbevölkerung finden müssen und eine weitere Belastung der Einkommensteuer über die jetzigen Zuschläge hinaus vermieden werden muß, halten wir es doch für notwendig, hervorzuheben, daß die Regelung der Gehaltsverhältnisse der gehobenen Unterbeamten nicht bis zu der spätestens 1918 geplanten Gesamtrevision hinausgeschoben werden möge, sondern der in Aussicht genommene Termin vom 1. Januar 1916 als äußerster festgehalten wird. Wir würden die Einbeziehung der gehobenen Unterbeamten in die vorliegende Novelle als eine sehr wünschenswerte Verbesserung begrüßen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Wir werden für das Gesetz stimmen, aber wir erheben auf das allerhöchste gegen die Unzulänglichkeit des Gesetzes Einspruch und auch dagegen, daß die anderen Parteien unsere Bemühungen nicht genügend unterstützt haben. Wenn die Regierung davon überzeugt gewesen wäre, daß die weitergehenden Anträge der Parteien des Hauses ernst gemeint seien, so hätte sie ihren Widerstand vielleicht doch aufgegeben. Die Resolution vertritt die Beamten in Preußen auf den Vorantritt des Reiches. Wenn Sie den Beamten ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollen, so beistimmen Sie das Dreiklassenwahlrecht! (Beifall bei den Soz.) — Abg. v. Pappenheim ruft: Das war das Wichtigste! — Abg. Leinert: Darum ist es auch gesagt worden! — Abg. v. Pappenheim: So etwas nennt man Jang! — Abg. Adolf Hoffmann: Sie aller Oberbauernfänger! — Vizepräsident Dr. Porck ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung.)

Abg. Dr. Schröder-Kassel (ntl.):

Es ist ganz selbstverständlich, daß kein einziger der Abgeordneten durch die Vorlage voll befriedigt war. Meine politischen Freunde verlangen, daß ein Gesetzentwurf dem Landtage vorgelegt werde, der eine Änderung der Besoldungsordnung vorsieht, und daß dies möglichst bald geschieht. Der Minister hat aber erklärt, daß er mit dem Reich gleichen

Schritt halten wolle. Wir haben diese Erklärung so ausgelegt, daß dieses gleichartige Vorgehen sich beziehen sollte nicht nur auf den Umfang der Besoldungen, sondern auch auf den Zeitpunkt der Einführung der Beamtenaufbesserung. Wir hegen die Erwartung, daß diese Vorlage nicht etwa erst 1918, sondern womöglich 1916 an den Landtag gebracht wird. Meine politischen Freunde halten daran fest, daß der Grundgedanke für die Gewährung der Beihilfen an kinderreiche Familien ein absolut richtiger ist, wenn seine Durchführung auch nicht ganz leicht ist, daß aber dadurch unter keinen Umständen die richtige Ausgestaltung des Grundgebhalts leiden darf. (Zustimmung.) Was den Wohnungsgeldzuschuß betrifft, so verlangt die Resolution eine Beseitigung der auf diesem Gebiete entstandenen Unzulänglichkeiten. Der Antrag der fortschrittlichen Volkspartei enthält einen durchaus richtigen sozialen Gedanken, und es wäre unmöglich, sich einer solchen Anregung gegenüber vollständig ablehnend zu verhalten. (Zustimmung.) Wir wären also an sich bereit gewesen, für diesen Antrag zu stimmen, da aber von konservativer Seite beantragt worden ist, ihn in der Kommission gründlich zu prüfen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Die Sozialdemokratie hat im Reichstage die Taktik verfolgt: alles oder nichts. Tatsächlich hat sie nichts bekommen, und wenn die bürgerlichen Parteien nach dem Wunsche der Sozialdemokraten hier unannehmbare Anträge gestellt hätten, so wäre es allerdings eine leere Demonstration gewesen, lediglich dazu geeignet, die Beamtenchaft zu täuschen. (Lebhafte Zustimmung.) Die bürgerlichen Parteien haben die allein richtige Taktik befolgt, nicht alles oder nichts, sondern sie haben genommen, was sie kriegen konnten. (Zustimmung.) Das andere wäre eine grundsätzliche Taktik gewesen, und die bürgerlichen Parteien haben recht getan, Schulter an Schulter zu kämpfen, um das Erreichbare zu erlangen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Delius (Fortschr. Vpt.):

Wir begrüßen es, daß die Vorlage hier nicht abgelehnt werden wird, wie es im Reichstage leider geschehen ist. Wenn gesagt wird, die Unterbeamten des Reiches seien mit der Ablehnung sehr zufrieden, so werden sie jetzt, nachdem in Preußen die bezügliche Vorlage zur Annahme gelangt ist, doch wohl zu anderen Anschauungen kommen. Nach der heutigen Stellungnahme des Zentrums kann ich seine Haltung im Reichstage nicht begreifen (Zustimmung links); ebenso unverständlich bleibt mir der Standpunkt der Sozialdemokraten im Reichstage. Wir unsererseits können die Ablehnung der Vorlage nicht verantworten, so sehr wir bedauern müssen, daß die Aufbesserung gerade jenen Beamtenklassen, denen wir sie unter allen Umständen von Herzen gewönnt hätten, nicht zuteil geworden ist. An Versuchen, die Vorlage zu verbessern, haben wir es nicht fehlen lassen. Die jetzige Regelung des Wohnungsgeldzuschusses können wir als befriedigend nicht erachten, schon deshalb nicht, weil 1909 durch die Deffasierung Summe und Laufende von Unterbeamten schwer geschädigt worden sind. Für die künftige Regelung wünschen wir namentlich für die Unterbeamten eine Erhöhung. Die gesamte Unterbeamtenchaft hat immer wieder den Antrag gestellt, daß bei der künftigen Regelung der Wohnungsgeldzuschuß auf dreiviertel des Wohnungsgeldzuschusses der mittleren Beamten festgesetzt wird. Wir halten diese Forderung für durchaus berechtigt und haben sie wiederholt unterstützt. Ich habe schon früher die schweren Bedenken hervorgehoben, die dagegen sprechen, das Besoldungssystem an sich mit den Erziehungsbeihilfen zu verquiden. Gewiß ist es berechtigt, kinderreichen Beamtenfamilien stärker unter die Arme zu greifen, indem man die vorhandenen Unterstützungsfonds erhöht und nach festen Grundätzen verteilt. Es sollen teilweise Erhöhungen der Sätze für Diätäre stattfinden, aber leider wird damit noch immer keine Übereinstimmung in den Diätensätzen zwischen dem Reich und Preußen herbeigeführt. Der Verband deutscher Beamtenvereine beabsichtigt bei der Regierung um die Einführung einer Krankenfürsorge vorstellig zu werden. Es ist sehr erfreulich, daß sich hier unsere Wege begegnen, wir können uns nur freuen, daß unsere Anregungen bei einer so angesehenen Organisation auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Das Interesse der deutschen Ärzte muß natürlich unter allen Umständen geschont und geschützt werden, aber eine Schädigung ihrer Interessen ist auch bei der Durchführung unserer Anregung nicht zu befürchten. Wir raten auch den Beamten, künftig nur Forderungen zu stellen, die sich im Rahmen des gesamten Volkswohls verorten lassen. (Beifall links.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Es ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, die Regierung zu Zugeständnissen zu bewegen. Das Haus zeigt nur Energie, wenn es sich um agrarische Ausplünderung und Stärkung des geistlichen Einflusses handelt. Dann können die Herren sogar mit der Faust auf den Tisch schlagen.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (ntl.):

Ich möchte feststellen, daß der Abg. Ströbel behauptet, daß man, wenn man es auch nicht direkt ausgesprochen hätte, doch durch die Kinderzulagen Ersparnisse machen wolle.

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich habe nur gesagt, daß die Vermutung nicht von der Hand zu weisen ist.

Damit schloß die Besprechung.

Das ganze Gesetz wird in allen seinen Teilen nach den Beschlüssen der Kommission in zweiter Lesung einstimmig angenommen, ebenso die Resolutionen der Kommission. Die fortschrittliche Resolution geht an die Budgetkommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 11. Uhr. Arbeitskommission und kleinere Vorlagen. Schluß 3¹⁵ Uhr.

Die Staatenlosenfrage im dänischen Folkething.

In der gestrigen Sitzung des dänischen Folkething stellte der Abg. Poul Christensen (radikal) namens des Abg. Poulsen, der verhindert war, an den Minister des Äußern die von Poulsen am 4. Juni angemeldete Anfrage betreffend die Staatenlosen in Nordschleswig.

Der Redner führte kurz aus, daß man infolge der im vorigen Monat im preussischen Herrenhause geführten Debatte und der sich daran knüpfenden Zeitungscommentare gewünscht hat, dem Minister des Äußern Gelegenheit zu geben, sich hierüber auszusprechen.

Der Minister des Äußern v. Seadenius erklärte an, daß die dänische Öffentlichkeit mit Recht fordern könnte, mit der Stellung der dänischen Regierung zu dieser Frage bekannt gemacht zu werden.

Der Minister fuhr fort: Obgleich die Frage betreffend die Verhältnisse der Staatenlosen als eine innere deutsche Angelegenheit betrachtet werden soll, so ist die dänische Regierung doch bereit, mitzuwirken zu der Lösung dieser Sache unter der Voraussetzung, daß die Frage ganz aus der Welt geschafft wird. Man hat nicht geglaubt, es verantworten zu können, daß alle Staatenlosen als dänische Staatsbürger aufgenommen werden, aber man hat sich für willig erklärt, gewissen Kategorien von ihnen das Bürgerrecht zu bewilligen, falls Preußen die übrigen naturalisieren sollte. Die frühere dänische Regierung war erbötig, das Bürgerrecht solchen Staatenlosen zu bewilligen, die einen diesbezüglichen Wunsch äußerten, und sie erklärte sich weiterhin bereit, in Erwägung zu ziehen, solche Staatenlosen zu naturalisieren, von denen man annehmen konnte, daß sie in besonderem Grade an Dänemark geknüpft sind, weil ihre beiden Eltern dänisch sind oder weil sie Kinder unehelicher dänischer Mütter sind. Als Antwort hierauf hat die preussische Regierung im letzten Winter den Wunsch ausgesprochen, daß Dänemark aus solchen Staatenlosen das Bürgerrecht bewilligen sollte, deren Großeltern aus Dänemark nach Schleswig eingewandert sind, und sie hat ferner erklärt, daß ein eventuelles Traaktat nur jene Staatenlosen umfassen könne, die Dänemark naturalisieren wolle, daß sie aber nicht irgend welche Verpflichtung übernehme, die übrigen Heimatlosen als deutsche Staatsbürger zu naturalisieren. Hinsichtlich dieser letzteren hoffte die preussische Regierung, daß sie im Laufe der Zeit das Staatsbürgerrecht in einem oder anderen der Länder erwerben könnten, so daß auf diese Weise die Heimatlosen nach und nach absorbiert werden würden. Die dänische Regierung muß nicht allein aus der Betrachtung heraus, daß man hier in Dänemark das Verständnis für den Abschluß eines Traaktats auf dieser Grundlage vermisst, sondern schon weil man die Hoffnung auf eine vollständige Lösung dieser Frage auf diesem Wege nicht teilen kann, der Anschauung sein, daß die Sache unter diesen Umständen sich nicht vorwärts führen lassen kann. Der deutsche Reichskanzler betonte während der Verhandlungen im preussischen Herrenhause den Wunsch nach einem gutnachbarlichen Verhältnis zu Dänemark. Dieser Wunsch wird, wie ich schon früher Gelegenheit hatte zu bemerken, vollumfänglich von der dänischen Regierung geteilt, und ich bin überzeugt, daß man in allen Parteien hier zu Lande die große Bedeutung dieses Wunsches versteht. Der Reichskanzler nannte die Schwierigkeiten, die die chauvinistische Bewegung in dieser Richtung bereitet. Er erklärte, daß die deutsche Regierung aufmerksam die Verhältnisse der nationalen Gegensätze bei der nord-schleswigschen Bewegung in Dänemark verfolgte, sowie die Teilnahme „offizieller dänischer Persönlichkeiten“, und er fügte hinzu, daß die deutsche Regierung mit allem Nachdruck der dänischen Regierung gegenüber Fälle zur Sprache gebracht habe, die ihr bekannt wurden. Es ist selbstverständlich, daß die dänische Regierung in Übereinstimmung mit dem internationalen Völkerrecht in einem jeden Falle die notwendige Untersuchung veranstaltet und die Sache behandelt hat, wo sie berechtigt war.

In derselben Weise tritt die preussische Regierung auf gegenüber entsprechenden Schritten seitens der dänischen Regierung. Von den Regierungen beider Staaten werden Schritte dieser Art somit in einer Weise behandelt, die eine Selbstverständlichkeit in dem Verkehr zwischen gleichberechtigten Nationen ist. Man kann nicht die Augen verschließen davor, daß gegenwärtig in Verbindung mit dem Nationalitätenkampf eine wachsende Agitation in gewissen Kreisen in Deutschland gegen Dänemark besteht. (W?) Von dieser Seite aus sucht man es oft so hinzustellen, als ob die private Tätigkeit, die hier im Lande für die Bewahrung der dänischen Sprache und Kultur bei dänisch sprechenden Nord-schleswignern entsteht, mit Gedanken politischer Natur verbunden wäre. Die Teilnehmer an dieser Tätigkeit werden bestimmt einen solchen Verdacht zurückweisen. Sie verstehen unzweifelhaft, daß der vertragsmäßig bestehende Zustand vollkommen respektiert werden muß. Es ist von Wichtigkeit für uns, daß überall im Auslande volles Vertrauen zu uns herrscht, daß wir in Übereinstimmung mit unserer traditionellen Neutralitätspolitik handeln. Aber um dieses Vertrauen zu befestigen, ist es nicht genug, daß Regierung und Reichstag bei sich bietender Gelegenheit ihren Willen kundgeben, eine solche Politik zu führen; es ist auch notwendig, daß man von allen Seiten in unserem Volke mitwirkt, um das Verständnis dessen zu befestigen, daß alle Kreise des dänischen Volkes davon überzeugt sind, daß eine Neutralitätspolitik ohne Neigung nach irgend einer Seite eine Bedingung ist für die Sicherung der Selbständigkeit des dänischen Staates, die das Ziel unserer auswärtigen Politik ist.

Der Abgeordnete Hammerich (Rechte) sprach seine volle Befriedigung über die Mitteilungen des Ministers aus und schloß sich namentlich den Bestrebungen der Regierung an, ein gutes nachbarfreundliches Verhältnis zu Deutschland aufrecht zu erhalten, indem er betonte, daß dieses Verhältnis ein Verhältnis sein müsse, wie zwischen gleichberechtigten Nationen. Ebenso erwartete er, daß der Minister Deutschland gegenüber an der Auffassung festhalten werde, daß es das Recht eines jeden dänischen Bürgers sei, private Bestrebungen für die Erhaltung der dänischen Sprache und Kultur in Nordschleswig zu führen, ein Recht, das das deutsche Volk in vollem Maße für sich beansprucht, wenn es sich um die Erhaltung und Verbreitung deutscher Sprache und deutscher Kultur in nichtdeutschen Ländern handle. Schließlich sprach er seine Übereinstimmung aus mit dem Wunsche der Regierung, daß man von allen Seiten im dänischen Volke mitwirken möge, an dem Verständnis dessen, daß eine absolute und unparteiische Neutralitätspolitik die Bedingung sei für die Sicherung der Selbständigkeit des dänischen Staates und daß eine derartige Politik daher das Ziel der deutschen auswärtigen Politik sein müsse.

Nachdem der Abgeordnete Poul Christensen (radikal) dem Minister für seine Ausführungen gedankt hatte, wurde der Gegenstand verlassen.

Zur Feier des Stapellaufes des Loddampfers „Zeppelin“.

des fünfundsiebenzigsten Schiffes, das die Werft des Bremer Vulkan für den Norddeutschen Lloyd gebaut hat, fand am Dienstag im Parkhaus in Bremen ein Festmahl statt. Direktor Dr. Strube von der Deutschen Nationalbank nahm dabei Veranlassung, in einer Rede auf die gewaltigen Fortschritte des deutschen Schiffbaues hinzuweisen, seit der Norddeutsche Lloyd dazu übergegangen sei, sich eine schiffbautechnische Organisation zu schaffen und seine Schiffe statt in England in Deutschland zu bauen. Er brachte einen Trinkspruch auf den Norddeutschen Lloyd

und seine Verwaltung aus. Präsident Helms vom Norddeutschen Lloyd betonte die guten Beziehungen zwischen Lloyd und Bremer Vulkan, worauf Generaldirektor Heinemann unter allseitiger Zustimmung des Grafen Zeppelin feierte. Graf Zeppelin dankte für den ihm erwiesenen freundlichen Empfang und schloß seine Rede mit einem Hoch auf Staat und Stadt Bremen. Der Rektor der Universität Tübingen, Professor Zuch, dankte im Namen der Gäste für die Einladung zum Stapellauf. Professor Bantlin von der Technischen Hochschule in Stuttgart hob die Verdienste und Erfolge des Bremer Vulkan und des Norddeutschen Lloyd hervor und gedachte der Leiter beider Institute.

Ein Schüler als Mörder.

Die Strafkammer in Hanau am Main verhandelte am Mittwoch gegen den 17½ Jahre alten früheren Gymnasiasten Anton Wolf aus Salmtunster, der in der Silvesternacht, um sich in den Besitz von Geld zur Deckung der durch seine noblen Passionen entstandenen Schulden zu setzen, einen Revolveranschlag auf seine Verwandten ausführte. Seine Mutter und seine Tante wurden schwer verletzt, während der Anschlag auf den Bruder und die Schwester abgewehrt werden konnte. Die Anklage lautete auf Mordversuch in vier Fällen. Da aber am Sonntag die Tante des Angeklagten gestorben ist und die ärztlichen Sachverständigen in der Gerichtsverhandlung ausagten, daß der Tod infolge der Schußverletzungen eingetreten sei, wurde der Angeklagte wegen Mordversuchs in drei Fällen und wegen Mordes in einem Falle zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Das neue französische Kabinett und die Radikalen.

Die Gruppe der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen ist gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Das Protokoll besagt, daß die Gruppe einstimmig erklärt hat, daß das Ministerium Ribot durch seine Zusammenkunft sich nur auf eine Mehrheit der Radikalen stützen könne, und daß die Partei der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen die Pflicht habe, ihm ihr Vertrauen zu verweigern. Die Gruppe sagte darauf durch geheime Abstimmung mit 109 gegen 4 Stimmen bei 2 Stimmenthaltung den Beschluß, daß alle Mitglieder der Gruppe sich mit diesem Beschlusse einverstanden erklären und in demselben Sinne abstimmen müßten.

Die Gruppe der Geeinigten Radikalen beschloß, Dalimier mit der Aufgabe zu betrauen, die neue Regierung über deren Politik zu interpellieren. Es ist bemerkenswert, daß die Gruppe den Antrag Ruchesiß mit dieser Aufgabe zu betrauen, ablehnte, offenbar weil Ruchesiß etwas gemäßigteren Richtung angehört.

Trotz des Beschlusses der Geeinigten Radikalen wird von Anhängern des neuen Ministeriums behauptet, daß dieses neuerdings doch mit ziemlicher Sicherheit auf eine Mehrheit rechnen könne. Mit Rücksicht darauf, daß das Ministerium Ribot in seiner Erklärung die Verwirklichung seines Hauptprogrammpunktes der radikalen Partei „Durchführung der Einkommen- und Kapitalsteuer“ verspreche, sei darauf zu rechnen, daß zahlreiche Geeinigte Radikale sich zum mindesten der Abstimmung enthalten und so der neuen Regierung zum Siege verhelfen werden. Allerdings wird in den Wandelgängen der Kammer das Gerücht verbreitet, daß ein Teil des Brandistischen Verbandes der Witten sich der Abstimmung enthalten wolle, um seinem Groll darüber Ausdruck zu geben, daß ihr Verband bei der Befragung der Ministerposten vollständig außer acht gelassen wurde. Allgemein wird vorausgesehen, daß sich die an die Regierungserklärung knüpfende Debatte überaus lebhaft gestalten werde. Insbesondere sind die Sozialisten entschlossen, das neue Ministerium wegen seiner Haltung in der Frage des Dreijahresgesetzes rückwärtslos anzugreifen.

Die Rückwirkung der Stimmweiber-Taten.

Da die englische Regierung sich schent, gegen das verbrecherische und gemeingefährliche Vorgehen der Wahlweiber energische Maßnahmen zu ergreifen, hat sich das Volk zur Selbsthilfe entschlossen. Wie nämlich aus London gemeldet wird, vertrieb am Mittwoch die aufgebrachte Volksmenge eine Anzahl von Stimmrechtsanhängerinnen, die Schriften verlaufen, aus der City und zerriß ihre Plakate. Zum Schutz der Kirchen, Sammlungen usw. bildet sich ein Freiwilligenkorps.

Einen „Erfolg“ haben die Wahlweiber jedoch auch wieder zu verzeichnen. Die Führerin der Bewegung, Frau Pankhurst, ist von ihren Genossinnen aus ihrer Wohnung befreit worden, in der sie seit ihrer Entlassung aus dem Gefängnis durch ein großes Aufgebot von Detektiven belagert wurde.

Der italienische Ausstand

Eine Gegenkundgebung in Rom und Florenz.

In Rom wurde am Mittwoch nachmittag in der Stadt ein Flugblatt verteilt, das die Bürger zu einer Kundgebung für die Armee aufforderte. Einige Tausend Personen versammelten sich alsbald und bildeten einen imposanten Zug mit Fahnen an der Spitze, der sich durch mehrere Straßen nach der Piazza Venezia bewegte. Dabei wurde das Mamelled gesungen. Soldaten, denen der Zug unterwegs begegnete, wurden mit dem Ausruf: „Es lebe die Armee!“ lebhaft begrüßt. In den Straßen, durch die der Zug kam, wurden aus vielen Fenstern Fahnen herausgehängt. Damen winkten mit Taschentüchern und warfen Blumen.

Ebenso durchzog in Florenz gestern nachmittag eine große Schar Bürger die Straßen unter Protestrufen gegen die Gewalttaten der Ausständigen. Jede ihnen begegnende Abteilung Soldaten wurde mit begeisterten Ausrufen: „Es lebe Italien! Es lebe die Armee!“ begrüßt. Vor der Präsektur rief die Menge: „Es lebe der König!“ Die Menge, der eine Fahne vorausgetragen wurde, zog dann vor den Palazzo Vecchio, wo es zu immer begeisterten Kundgebungen kam. Abordnungen der Manifestanten begaben sich schließlich zu dem Präsekt und dem Bürgermeister.

Die Lage in den übrigen Städten.

Im übrigen dauert der Ausstand an, mit weiteren schweren Ausschreitungen der Ausständigen.

In Turin fand eine Versammlung vor der Arbeiterkammer statt. Trotz des Regens nahmen mehrere Tausend Personen daran teil. Nachdem mehrere Reden gehalten worden waren, bildeten die Versammelten einen Zug, der durch die Straßen zog und sich ohne nennenswerte Zwischenfälle auflöste.

In Ancona ist der Morgen ruhig verlaufen. Der Ausstand tritt ein vollständiger und dauert an. Heute vormittag hatte die Eisenbahndirektion die Absicht, zwei von Soldaten bewachte Züge abgehen zu lassen. Die Züge mußten aber wegen des auf offener Strecke von den Ausständigen angerichteten Schadens zurückgefahren. Die Kreuzer Pisa, San Giorgio und Agordat sowie drei Torpedobootsgeräthor sind in Ancona ankommen.

In Florenz hatten sich etwa 3000 Personen in der Umgebung der Arbeiterkammer versammelt, wo sie über die Befreiung eines gestern getöteten Mannes berieten. Als aus der Menge Revolvergeschosse gegen die Truppen abgegeben wurden, feuerten die Truppen. Dabei wurde ein Mann getötet und mehrere verletzt. Polizeibeamte erbrachen die Tür eines Hauses, aus dem Revolvergeschosse abgefeuert worden waren. Sie fanden darin einen Sträfling und verhafteten ihn.

In Neapel warfen Manifestanten Steine gegen Artilleristen, die sich innerhalb der Gitter des Depots der Eisenbahnen befanden und verletzten einige von ihnen. Die Artilleristen kamen unter dem Befehl eines Leutnants aus der Einfriedigung heraus, worauf noch heftiger mit Steinen geworfen wurde. Die Manifestanten gaben auch vier Revolvergeschosse ab. Daraufhin gaben die Artilleristen mehrere Gewehrschüsse in die Luft ab. In dem folgenden Handgemenge wurde einer der Manifestanten getötet. Darauf folgten diese. Die Persönlichkeit des Getöteten ist noch nicht festgestellt worden. Zahlreiche Artilleristen sind durch Steinwürfe und Stoßschläge verwundet worden. Eine Gruppe von Manifestanten zerstückte die Fenster und zerschchnitt die Telephondrähte im Hause der Elektrizitätsgesellschaft. Ein Zug Veraglieri verhinderte die Manifestanten in die Werkstätten einzudringen. Diese begaben sich hierauf zur Tabakfabrik, wo sie Fenster einwarfen, Telephondrähte zerschlugen und das Portal in Brand steckten. Die Angestellten der Fabrik versuchten der Menge Widerstand zu leisten, indem sie Eimer mit Wasser aus den Fenstern goßen. Die Veraglieri zerstreuten die Manifestanten. Es wurden Verhaftungen vorgenommen.

In Parma wurden gestern abends Steine gegen die Truppen und Polizeibeamten geworfen, welche die Ausständigen auseinanderreiben wollten. Die Truppen gingen mehrmals vor. Die Veranstalter der Kundgebung versuchten am Ponte di Mezzo Widerstand zu leisten, indem sie Carabinieri und Soldaten mit Steinen bewarfen. In der Farnesestrasse umzingelten sie ein Haus, in dem zwei Offiziere wohnten, die einige Schüsse in die Luft feuerten. Die Truppen rückten heran und gingen, von Steinwürfen empfangen, gegen die Menge vor, die sie zerstreuten. Es wurden dabei mehrere Verhaftungen vorgenommen. Unter den Carabinieri und den Soldaten wurden mehrere Mann verletzt.

In Bari zogen gestern Gruppen von Ausständigen durch die Stadt und forderten die Schließung der Läden, was auch geschah. Die Polizei zerstreute mehrmals die Ausständigen, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Polizeibeamten wurden mit Steinen beworfen. Zwölf Polizeibeamte und Carabinieri wurden verletzt. Ein Beamter erlitt Quetschungen. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Die Ausständigen gaben Revolvergeschosse auf den Obersten der Carabinieri ab, der aber unverletzt blieb.

Bevorstehende Einstellung des Ausstandes.

Der Sekretär des allgemeinen italienischen Arbeiterverbandes hat an alle dem Verbands angehörenden Arbeiterkammern ein Rundschreiben gerichtet, in dem zur Einstellung des Ausstandes vor Mitternacht aufgefordert wird.

Albanien und die Mächte.

Von russischer Seite läßt sich das „Berl. Tageblatt“, das die Lage in Albanien fortgesetzt ungünstiger schildert als sie ist, berichten, daß die Frage, ob es zu einem internationalen Schritt in Albanien kommen werde, noch immer völlig in der Schwebe sei, da bisher unter den Großmächten keinerlei positive Entscheidung gefallen wäre. Infolgedessen sei es auch noch eine offene Frage, ob die Entsendung eines Kriegsschiffes durch jede Großmacht nach der albanischen Küste erfolgen werde.

Diese Angaben enthalten eine politisch nicht gleichgültige Irreführung. Denn wie uns an zuständiger Stelle erklärt wird, besteht kein Zweifel darüber, daß die Großmächte bereit sind, je ein Kriegsschiff nach der albanischen Küste zu schicken. Auch Rußland will für diesen Zweck seinen Stationär im Piräus zur Verfügung stellen. Haben also die Großmächte über die Frage ihrer Beteiligung an einer internationalen Kundgebung vor der albanischen Küste im positiven Sinne entschieden, so ist es inzwischen zweifelhaft geworden, ob eine internationale Kundgebung noch erforderlich sein wird. Die Verhältnisse haben für die albanische Regierung eine ausserordentlich günstige Wendung genommen, um die Frage zu rechtfertigen, ob eine internationale Flottenkundgebung nicht überflüssig geworden sei. In solchem Sinne ist die Entsendung von Kriegsschiffen der Großmächte nach der albanischen Küste eine offene Frage, nicht aber in dem Sinne der eingangs wiedergegebenen russischer Darstellung.

Der Deutsche Kaiser und Fürst Wilhelm.

Zu den Meldungen aus Durazzo, daß der Hofmarschall bei Fürsten von Albanien in einer besonderen Audienz beim Deutschen Kaiser die Zusage militärischer Unterstützung erhalten habe, meldet der Berliner Berichterstatter der „Kölnischen Ztg.“, daß an den Stellen, die unterrichtet sein müßten, von einer besonderen Audienz des albanischen Hofmarschalls bei dem Kaiser überhaupt nichts bekannt sei. Auch die Meldung von einer Entsendung eines großen Teils des deutschen Truppenkontingents in Skutari sei unzutreffend. Richtig sei, daß die deutsche Regierung zugesagt habe, an einer Kundgebung in den albanischen Gewässern durch Entsendung eines Kriegsschiffes sich zu beteiligen. In dieser Frage beständen zwischen den Großmächten keine Meinungsverschiedenheiten. Besonderer Ratsschlüsse an der Fürsten Wilhelm zum Ausmarsch habe es keinesfalls bedurft. Der Kaiser insbesondere sei nicht in die Lage gekommen, einen solchen Rat zu erteilen.

Ferner erklärt die „Nordb. Allg. Ztg.“, ein ausländisches Blatt will aus diplomatischen Kreisen wissen, der König von Rumänien habe sich persönlich an den Kaiser und König gewandt und bei ihm zugunsten seines Neffen, des Fürsten Wilhelm von Albanien, intercediert. Diese Angaben ist das Blatt als erfunden zu erklären ermächtigt. Es sei nichts derartiges geschehen.

Bur Tagesgeschichte.

Die religiöse Frage auf dem Balkan.

Im englischen Unterhause richtete gestern der Abg. Rees (liberal) an den Staatssekretär des Äußern Sir Edward Grey die Anfrage, mit welchem Erfolg er den Mächten die Frage der Wiederherstellung der bürgerlichen und religiösen Rechte der Minoritäten, wie sie im Berliner Vertrage vorgegeben seien, zur Erwägung unterbreitet habe.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 11. Juni.

Parlamentarischer Sekretär Meland sagte in seiner Antwort, die Mächte seien zu keiner Einigung gelangt, in Bezug auf die Mittel, mit welchen, und in Bezug auf die Ausdehnung, bis zu welcher diese eintreten sollte. Die britische Regierung sei selbst im Begriff, die Balkanstaaten davon zu unterrichten, daß sie bereit sei, die jüngst erfolgte Annexion anzuerkennen, insofern als derartige Veränderungen ein Abweichen bedeuteten von den Bestimmungen, die durch den Berliner Vertrag und die nachfolgenden internationalen Vereinbarungen zwischen den Signatarmächten des Berliner Vertrages sanktioniert wären. Vorausgesetzt, daß die anerkennenden Staaten ihrerseits mit Bezug auf die anerkennenden Gebiete die bindende Kraft dieser Abmachungen im Berliner Vertrag anerkennen, welche die gleichen Rechte religiöser oder nationaler Natur für die Minoritäten sichern.

Deutsches Reich.

**** Der Kaiser wird nach den vorläufigen Dispositionen** Freitag, den 19. Juni, am frühen Vormittag in Hannover eintreffen und im Laufe des Vormittags die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft besuchen, wo u. a. Wettspiele der Landjugend stattfinden. Nachmittags besichtigt der Kaiser die Funksprachstation in Eilbe. Für Sonnabend, den 20. Juni, früh morgens, ist die Besichtigung des Königsulanenregiments in Aussicht genommen, sodann fährt der Kaiser im Automobil nach Hamburg, wo er etwa um 2 Uhr eintreffen dürfte, um sich auf der an den St. Pauli-Landungsbrücken liegenden Yacht „Hohenzollern“ einzuschiffen. Nachmittags um 3 Uhr findet auf der Werft von Blohm u. Voß der Stapellauf des für die Hamburg-Amerika-Linie gebauten dritten Riesendampfers der Imperator-Klasse statt, dem der Kaiser selbst den bisher nicht bekannten Namen gibt. Sonntag, den 21., besucht der Kaiser die Gartenbauausstellung in Altona, um dann dem Auguste-Viktoria-Jagdrennen auf der Horner Rennbahn beizuwohnen. Montag, den 22., fährt der Kaiser nach einem Frühstück bei Generaldirektor Ballin mit der „Hohenzollern“ nach Brunsbüttel. Dienstag, den 23., ist die Wettfahrt des Norddeutschen Regatta-Vereins auf der Unterelbe mit anschließendem Festmahl an Bord der Dampfyacht „Viktoria Luise“. Mittwoch, den 24., fährt um 1.30 Uhr nachmittags der Kaiser durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Holtentau, wo aus Anlaß der Fertigstellung der Erweiterungsbauten eine größere Feierlichkeit stattfindet. Für Freitag, den 26. Juni, abends ist eine Huldigung der zur Doppelfeier in Kiel versammelten Veteranen in Aussicht genommen.

**** Bevorstehender 70. Geburtstag des Königs Ludwig.** Zu einem feierlichen Geburtstag werden die bayerischen Städte dem König einen Tafelaufzug überreichen, der, wie das Berliner Tageblatt mitteilen will, einen Wert von 100.000 Mark darstellt.

**** Der Bundesrat wird der „Tägl. Rundschau“** zufolge in den ersten Tagen des Juli in die großen Ferien gehen. Unter den zahlreichen Vorlagen, die er bis dahin noch zu erledigen gedenkt, befindet sich auch die Vergebung einer größeren Anzahl deutscher Städte in eine höhere Service-Klasse.

th. Keine gesetzliche Regelung des Submissions- und Versteigerungswezens. Die 15. Kommission des Reichstags hatte bekanntlich im April Grundzüge aufgestellt, nach denen das öffentliche Verdingungswesen gesetzlich geregelt werden sollte. Die Grundzüge wurden von der Kommission in der Form eines Gesetzesentwurfs angenommen. Durch den Schluß des Reichstags konnte dieser Entwurf nicht mehr vom Plenum beraten werden. Es besteht auch keine Hoffnung, daß die Regierung das von der Kommission gelieferte Material später zu einer gesetzgeberischen Arbeit benutzen wird. Die Regierung steht vielmehr auf dem Standpunkte, daß sich die Materie zu einer gesetzlichen Regelung nicht eignet. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß bei künftigen Verdingungen die Anregungen der Kommission Beachtung finden.

**** Eine Besteuerung der Zündholzfahartikel** ist, wie aus geschrieben wird, nicht beabsichtigt. Ob der Zündholzindustrie Erleichterungen gewährt werden können, steht noch nicht fest. Eine Verstaatlichung der Zündholzindustrie ist gänzlich ausgeschlossen.

**** Todesfall.** In Potsdam ist der Wirkl. Geh. Rat Graf v. Kottitz, früherer Vizepräsident der Oberrechnungskammer, im Alter von 80 Jahren gestorben. Geboren am 5. April 1834 in Merseburg, trat er, nachdem er vorher Oberpräsidialrat in Kiel und Hannover gewesen war, 1878 in die Oberrechnungskammer ein. 1906 wurde er Vizepräsident und trat 1907 in den Ruhestand.

**** Papst und Zentrum.** In der Abschiedsaudienz des neuen Münchener Kardinals v. Bettinger beim Papst wurden diesem von dem Kardinal mehrere Zentrumsabgeordnete, u. a. die bayerischen Abgeordneten Frank und Held, vorgestellt. „Mit großer Genugung“, so berichtet der „Regensburger Anzeiger“, hat der Papst die Abgeordneten begrüßt und seine volle Befriedigung über die Tätigkeit der Zentrumsparlei ausgesprochen. Mit dem Wunsch, ebenso wieder weiter zu arbeiten wie bisher, verband er die herzlichsten Grüße an die Kollegen der Abgeordneten, die mit ihnen im Kampf für die katholische Weltanschauung stehen.“

Luftschiffahrt und Flugwesen.

**** Rund um Frankreich.** Der Flieger Gilbert hat Montag und Dienstag einen Flug rund um Frankreich ausgeführt und in 39 1/2 Stunden über 3000 Km. zurückgelegt.

England.

*** Das Unterhaus** ist gestern nach den Pfingstferien wieder zusammengetreten. Die ihm in dieser Woche vorliegenden Aufgaben sind unwichtig, und das politische Interesse konzentriert sich jetzt auf das Haus der Lords, das vor nächster Woche nicht zusammenzutreten wird.

Balkan.

*** Zur Besitzergreifung griechischer Kirchen in Bulgarien.** In der Sobranje erklärte der Ministerpräsident auf eine Anfrage wegen der Besitzergreifung der griechischen Kirchen in Varna, Sofia usw., leider können die zahlreichen Ausschreitungen, deren Opfer unsere Brüder in den unter fremder Herrschaft verbliebenen bulgarischen Gebieten sind, in unserem Volk nicht ohne Widerhall bleiben. Die Regierung billigt die vorgefallenen Ereignisse nicht. Der Polizeipräsident ist abgesetzt worden, weil er nicht sofort alle notwendigen Maßnahmen getroffen hatte, um die Menge an der Besetzung der griechischen Kirchen zu hindern.

*** Das Konkursverfahren,** über das wir in der letzten Morgenausgabe berichteten, betrifft erfreulicherweise nicht die Türkische Buchhandlung selbst, sondern vielmehr nur das Privatvermögen des bisherigen Inhabers Johannes Gussmann. Die Buchhandlung selbst war vor einiger Zeit in anderen Besitz, und zwar in den des Buchhändlers Ruffat übergegangen. Die Passiven Gussmanns werden auf rd. 40.000 M. beziffert.

*** Ordensverleihung.** Dem Hafenbauaufseher Schaepe in Danzig-Neufahrwasser ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen worden.

*** Genehmigte Ordensanlegung.** Dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Landwirtschaft, Professor Dr. Gerlach in Bromberg ist die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Komturzeichens erster Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären erteilt worden.

*** Errichtung einer neuen Postagentur.** In Roggen (Kr. Mejeritz) tritt am 1. Juli eine Postagentur in Wirksamkeit. Dem Landbestellbezirk der neuen Postanstalt wird das gegenwärtig zum Landbestellbezirk des Postamts in Tirsitzgegend gehörige Forsthaus Rutschau zugeteilt.

*** Die diesjährige Krankenträgerübung des V. Armeekorps** dauert bis 18. Juni und steht unter der Leitung des Oberstleutnants Reinecke vom Inf.-Regt. Nr. 46. Die Beaufsichtigung des sachtechnischen Dienstes übt der Regimentsarzt des Inf.-Regts. Nr. 155, Oberstabsarzt Dr. Janzen aus. Es sind zwei Sanitäts-Übungskompanien aufgestellt: die 1. Kompanie wird kommandiert vom Oberleutnant d. R. Kabisch von der Train-Abteilung Nr. 5 und die 2. Kompanie vom Rittmeister Knoj ebenfalls von der Train-Abteilung Nr. 5. Beide Kompanien halten vom 13. bis 18. Juni auf dem Truppenübungsplatz Warthelager Übungen ab und werden am 17. Juni durch den Kommandeur der 10. Division, Generalleutnant Kofsch, besichtigt.

*** eg. Ausflug.** Gestern nachmittags unternahmen die Kinder der Sonntagsschule der Matthäikirche unter Führung der beiden Geistlichen in Begleitung der Eltern einen Ausflug nach dem Eichwalde. Gegen 9 Uhr kehrten sie wieder zurück, nachdem der gegen Abend einsetzende Gewitterregen dem lustigen Treiben der Kinder im Walde ein vorzeitiges Ende gemacht hatte.

*** Der Wasserstand der Warthe** betrug hier heute früh unverändert +0.06 Meter.

*** ad. Schmelgel, 10. Juni.** Vorgestern ging gegen 5 Uhr über Schmelgel und Umgebung ein heftiges Hagelwetter unter großem Sturm nieder. Die Körner erreichten die Größe einer Haselnuß und lagen stellenweise handbreit hoch. Auf einzelnen Fluren beträgt der Schaden bis 50 Prozent. Durch den Sturm wurde, wie schon erwähnt, die dem Müller Hoffmann gehörende Mühle, als dieser im Begriff war sie anzuhalt, vom Sturme vollständig umgeworfen. Der Müller rettete sein Leben nur durch einen rechtzeitigen Seitensprung. Auf der Chaussee Schmelgel-Nitzche sind uralte Eichenbäume von 75—100 Zentimetern Durchmesser Albrechts des Bären erteilt worden.

*** Stolz, 10. Juni.** Durch den elektrischen Strom getötet wurde der 20jährige Monteur Gomoll in Bessin. Er hatte dort Arbeiten an der Hochspannungsleitung ausführen und verabredet mit dem Schottwärter, daß der Strom ausgeschaltet werden sollte. Als Gomoll zehn Minuten nach der verabredeten Zeit einen Mast bestieg und die Drähte berührte, wurde er sofort getötet. Der 15.000 Volt starke Strom war durch seinen Körper gegangen. Der Schottwärter hatte vergessen, den Strom abzustellen.

Der Haus- und Familienstand der preußischen Beamten.

Eine Nachweisung über den Haus- und Familienstand der männlichen Beamten in Preußen ist anläßlich der Beratungen über die Wohnungsfrage dem Abgeordnetenbauwesen zugegangen. Es gab danach in Preußen am 1. Oktober 1913 22.264 einstufige, 2666 diätarisch angestellte Beamte mit dem Wohnungsgeldzuschuß der Tarifklassen 1 bis 3; von diesen einstufigen angestellten Beamten hatten 18.306 einen Hausstand, 3958 keinen Hausstand, ledig waren 4778, verheiratet, verwitwet, geschieden 17.486. Die Gesamtzahl der Kinder dieser Beamten betrug 38.058, sechs und mehr Kinder hatten 2.79 Prozent. Von den Diätaren dieser Tarifklassen hatten 1090 einen, 1576 keinen Hausstand, ledig waren 1614, verheiratet 1052. Die Zahl der Kinder betrug 1032 (0,04 Prozent hatten mehr als 6 Kinder).

Die Zahl der Beamten mit dem Wohnungsgeldzuschuß der Tarifklasse 4 betrug: 104.206 einstufige, 12.391 Diätare. Von den einstufigen hatten 98.172 einen, 6034 keinen Hausstand; ledig waren 7164, verheiratet 97.042. Die Zahl der Kinder betrug 247.625 (7,69 Prozent hatten 6 und mehr Kinder). Von den Diätaren dieser Tarifklasse hatten 5760 einen, 6631 keinen Hausstand; ledig waren 6790, verheiratet 5601. Die Gesamtzahl ihrer Kinder betrug 6574 (0,18 Prozent mehr als 6 Kinder).

Die Beamten mit dem Wohnungsgeldzuschuß der Tarifklasse 5 beziffern sich auf 170.039 einstufige, 1704 Diätare. Von den einstufigen hatten 163.280 einen, 6759 keinen Hausstand; ledig waren 7400, verheiratet 162.631. Die Zahl der Kinder betrug 475.812 (12,44 Prozent hatten 6 und mehr Kinder). Von den Diätaren hatten 1168 einen, 536 keinen Hausstand; ledig waren 540, verheiratet 1164. Die Zahl ihrer Kinder betrug 1670 (1,12 Prozent hatten 6 und mehr Kinder).

Die Gesamtzahl der Beamten betrug 313.270. Davon hatten 257.776 einen, 25.494 keinen Hausstand; ledig waren 28.294, verheiratet 284.976. Die Gesamtzahl der Kinder betrug 770.771; es hatten 12,27 Prozent keine, 18,92 Prozent ein, 23,06 Prozent zwei, 16,97 Prozent drei, 11,17 Prozent vier, 7,14 Prozent fünf, 10,47 Prozent sechs und mehr Kinder. Über 21 Jahre alt waren 15,39 Prozent der Kinder.

Die weiblichen Beamten sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Der Ausstand in Italien.

Neapel, 10. Juni. Bei einem Aufruf wurden drei Polizeibeamte von ihren Kollegen getrennt und schloßen in ein Milchgäßchen. Der Besitzer des Ladens gab auf die eindringende Menge vier Schüsse ab, durch die eine Person getötet wurde.

Rom, 10. Juni. Der aus mehreren tausend Bürgern zusammengesetzte Zug begab sich zum Ministerium des Innern, wo eine Abordnung von Beamten des Kabinetts in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Salandra empfangen wurde. Die Abordnung bat, dem Ministerpräsidenten die Huldigung der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Rom, 10. Juni. Vor dem Königspalast und dem Kriegsministerium fanden heute gleichfalls Kundgebungen für die Armee statt. — Die Arbeiterkammer von Genua hatte die Ausständigen aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. — In einem Orte bei Piacenza explodierte unter der Arda-Brücke eine Dynamitpatrone, wodurch ein Brückenpfeiler beschädigt wurde. Ein Eisenbahnzug konnte noch rechtzeitig angehalten werden.

Rom, 11. Juni. Das Zentralkomitee der italienischen Gewerkschaften hat gestern beschlossen, die Beobachtung des Generalstreiks in ganz Italien für Mitternacht anzusetzen. Auch eine

am Nachmittag in Mailand von 30.000 Personen besuchte Volksversammlung beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit für heute früh. Der Betrieb auf den von den Ausständigen stillgelegten Bahnlinien in der Romagna von Bologna bis Ancona und von da bis Rom war schon gestern wieder in Ordnung. Demonstrationen in der Nähe des Kolosseums wurden von Sicherheitsmannschaften mit Feuerwaffen angegriffen. Als Kavallerie gegen sie anrückte, wurde sie mit einem Steinhaufen überschüttet, so daß sie nichts ausrichten konnte. Insgesamt sollen über 600 Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Telegramme.

Das Disziplinarverfahren

gegen den Abg. Liebknecht.

Berlin, 11. Juni. Ein schneller Antrag im Abgeordnetenhaus verlangt die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den sozialdemokratischen Abg. Liebknecht, das vor dem Ehrengerichtshof der Anwaltschaft zu Leipzig schwebt. Der Antrag wird von einer Anzahl fortschrittlicher Abgeordneter unterstützt.

Eine Teerfabrik niedergebrannt.

Mannheim, 11. Juni. Die süddeutsche Teerproduktionsfabrik G. m. b. H. in Rheinau ist gestern abend vollständig niedergebrannt. Die Entstehung des Brandes ist auf die Explosion eines Kessels zurückzuführen.

Kaiser Franz Joseph.

Wien, 10. Juni. Kaiser Franz Joseph ist nunmehr von seiner Krankheit vollständig genesen.

Preußenfeindliche Kundgebung in Luxemburg.

Luxemburg, 11. Juni. Aus Anlaß der Wahl des Großgrundbesizers de Villers, der früher preussischer Reiteroffizier war und kürzlich die luxemburgische Staatsangehörigkeit wiedererlangte und heute großherzoglicher Kammerherr ist, fand eine Kundgebung statt, die darin bestand, daß die Menge der Hauptfigur des Denkmals für den luxemburgischen Nationalkämpfer, auf dem Paradeplatz eine Kettenhaube aufsetzte und unablässig die luxemburgische Nationalhymne mit dem Refrain sang: „Wir wollen keine Preußen sein!“

Bevorstehender Generalausstand in der Schweiz.

Genf, 10. Juni. Wie aus Bern hierher gemeldet wird, rechnet das eidgenössische Militärdepartement mit der Möglichkeit, daß in Genf gerade zur Zentenarfeier der Generalstreik ausbrechen könnte. In diesem Falle soll sofort militärische Hilfe in Bereitschaft gestellt werden. Die Lage des schon seit zwei Wochen andauernden Mauerstreiks ist unverändert.

Giuliano über die Lage in Albanien.

Rom, 10. Juni. In der italienischen Kammer antwortete der Minister des Innern San Giuliano auf die Interpellation über die Verhaftung des Obersten Muricchio. Giuliano sagte die bekannten Tatsachen auseinander und fügte zum Schluß hinzu, der Brief Muricchios beweise nicht die Wahrheit, sondern die Unrichtigkeit der gegen ihn und Mollebo erhobenen Anschuldigungen. Er habe daher dem italienischen Gesandten telegraphisch, daß die Unschuld Muricchios als erwiesen betrachtet werden müsse und daß den weiteren Nachforschungen der albanischen Regierung und den holländischen Offizieren kein Wert beizulegen sei. Es sei dem Gesandten überlassen worden, als Schiedsrichter einzustellen, welche Genugtuung er erhalten müsse im Hinblick auf die Notwendigkeit, das italienische Prestige zu wahren. — Auf eine Anfrage, wie sich die Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse in Albanien gestalten hätten, antwortete San Giuliano, die beiden Regierungen seien übereingekommen, das möglichste zu tun, um den Fürsten in der Macht zu erhalten und jede Bevormundung Italiens oder Österreichs zu vermeiden, ferner die anderen Mächte zu erjuchen, sobald als möglich ein Kriegsschiff für jede Macht nach Durazzo zu entsenden und schließlich Schritte zu unternehmen, damit alle Mächte den an Albanien grenzenden Staaten die ausdrückliche Erklärung abgeben, daß Europa einmütig und fest ist in seinen Beschlüssen, die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit Albanien gemäß den Beschlüssen der Londoner Konferenz aufrecht zu erhalten.

Radiumquellen in Indien.

London, 11. Juni. In den alten indischen Minen des Saharadistriktes ist eine verhältnismäßig große Schicht von radiumhaltigen Quellen gefunden worden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= Posener Straßenbahn. Die Einnahmen betrugen im Mai d. J. 122.231 M. (i. V. 110.445 M.) und vom 1. Januar bis zum 31. Mai d. J. 558.450 M. (i. V. 502.924 M.).

= Zuderfabrik Gröbels. Der Aufsichtsrat schlägt 11 Prozent Dividende (gegen 12 1/2 Prozent im Vorjahre), vor. Die Abschreibungen betragen 135.000 (i. V. 142.000) M.

= Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche e. V. Auf der Tagesordnung der am 14. Juni in Stuttgart stattfindenden Sitzung des „Großen Ausschusses“ stehen u. a. folgende Punkte: Verband deutscher Schirm-Großfabrikanten, Kartellverträge im Seidengewerbe, Verband deutscher Seidenwäschfabrikanten, Verband süddeutscher Schneidermeister, Preisauflage der „Vereinigung deutscher Webereien englischer Gardinen“.

Zuderberichte.

Hamburg, 10. Juni. nachm. 2.10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88° Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juni 9.47 1/2, für Juli 9.55, für August 9.65, für Okt.-Dezbr. 9.60, für Jan.-März 9.75, für Mai 9.92 1/2. Ruhig.

Hamburg, 10. Juni. abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juni 9.45, für Juli 9.52 1/2, für August 9.65, für Oktober-Dezember 9.60, für Januar-März 9.75, für Mai 9.92 1/2. Ruhig.

Berlin, 11. Juni. Wetter: Feucht und warm.
Newyork, 10. Juni. Tendenz: schwach. Canadian Pacific Aktien 196 1/2, Baltimore und Ohio 91.50, United States Steels Corporation 62 1/2.

Newyork 10. Juni. Weizen für Juli 95.50 für September 92.75, für Dezember, 94.

Wien, 10. Juni. Rüböl loco —, für Oktober 70.00. — Wetter: Teilweise bewölkt.
Morgen Feiertag.

Hamburg, 10. Juni. nachm. 2.30 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für September 50.25 Gd., für Dezember 51.00 Gd., für März 51.50, für Mai 51.75 Gd. Ruhig.

Hamburg, 10. Juni. abends 6 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für September 50.25 Gd., für Dezember 51.00 Gd., für März 51.25 Gd., für Mai 51.75 Gd. Ruhig.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 10. Juni. (Schluß-Kurse.) 3 1/2 Prozent. Schlesisch Pfandbriefe Lit. A. 87.85, 4 Prozent. Poln. Pfandbriefe (Proz. Couponsteuer) 80.00, Bresl. Diskontobank-Akt. —, Schles. Bantw.-Aktien 150.50, Archimedes-Aktien 123.00, Bresl. Spirit.-Akt.-Ges.-Akt. 445.00.

Leitung: **E. Giesel**. Verantwortlich: für den politischen Teil und die politischen Nachrichten: **Paul Schmidt**; für das Feuilleton, den Handelsteil und den allgemeinen unpolitischen Teil: **Karl Reed**; für die Lokal- und Provinzialzeitung: **R. Verbrichtsmeyer**; für den Anzeigenteil: **E. Schrön**. Rotationsdruck und Verlag der Dsd. Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-B. Sämtliche in Boien